

Gemeinderatswahl 2014



Unsere Ziele
& Ideen

Unser Programm zur
Kommunalwahl 2014

Offene Liste zur
Kommunalwahl 2014

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Ladenburg



Programm für die Gemeinderatsarbeit 2014 - 2019

Wir arbeiten für eine umweltbewahrende, geschichtsbewußte und zukunftssichernde Kommune:

Artenschutz, Gesundheitsschutz, Erhalt des einmaligen kulturellen Erbes – allerdings ohne jede Ausblendung schmerzlicher Lehren aus historischen Katastrophen von Gewalt und Unmenschlichkeit, Demokratieförderung, Ressourcenschonung, Folgelastenvermeidung und Risikovorsorge im politischen Handeln vor Ort sowie eine kluge Nutzung ökologisch wirksamer technischer Fortschritte sind wesentliche Teile unseres politischen Profils.

Unsere Leitwerte einer grünen Politik für Ladenburg sind Gleichberechtigung, Teilhabe, Inklusion aller Menschen und die Beachtung langfristiger Nachhaltigkeit in allen kommunalpolitischen Entscheidungen!

HIER: DIE STADT NACHHALTIG FINANZIEREN	3
HIER: JUNG UND ALT IM MITEINANDER	4
Kind sein; Eltern sein	4
Zur Schule gehen	5
Jung sein	6
Wohnbedürfnisse	6
Leben im Alter	7
HIER: TEILHABEN	8
HIER: AKTIV & KREATIV	9
Sport	9
Kunst und Kultur	10
HIER: STADT PLANEN UND ENTWICKELN	11
Lebendige Innenstadt	11
Verkehrsentwicklung Altstadt	12
Neubauggebiete	14
Gewerbeflächen	15
HIER: ANKOMMEN UND VORANKOMMEN	15
S-Bahnanschluss	15
Rad & Tat	15
Sicherheit mit dem Rad	16
Rad-Infrastruktur	16
Kooperation bei der Radverkehrs-Förderung	17
HIER: UMWELT SCHÜTZEN & ENERGIE SPAREN	17
Umwelt und Energie	17
Kommunales Klimaschutzkonzept	17
Nachhaltige Beschaffung - Grundsatz für den städtischen Haushalt	18
Gentechnikfreies Ladenburg	18
Mehr Grün in der Stadt	19
Weiterentwicklung des städtischen Grünkonzepts	17
BürgerInnen übernehmen grüne Patenschaften	19
Tausend Rosen für Ladenburg	20
Entwicklung einer Baumschutzsatzung	20
Mehr Grün im Umland	20
Landwirtschaftliche Flächen erhalten	20
Biotopvernetzung weiterentwickeln	20
HIER: MITGESTALTEN & MITENTSCHEIDEN	21

HIER: DIE STADT NACHHALTIG FINANZIEREN

Es ist eine der Kernaufgaben des Gemeinderats, mit den verfügbaren Mitteln verantwortlich umzugehen. Viele verstehen darunter, „den Haushalt mit möglichst wenig Schulden zu führen“ oder: „so sparsam wie möglich zu wirtschaften“. Solche Grundsätze sind auch wichtig; ein guter Haushalt kann aber zugleich weitere Ziele erfüllen, die z.T. diesen Grundsätzen zu widersprechen scheinen.

So muss eine Stadt auch Rücksicht auf Bedürfnisse ihrer Bürgerschaft nehmen: Das heißt, wertvolle Einrichtungen und kommunale Angebote bewahren, örtliche Lebensverhältnisse für alle Generationen vernünftig absichern und eine zukunftsfähige Stadtentwicklung ermöglichen. Dazu gehören Ersatzinvestitionen (Sanierungen – siehe z.B. leistungsgerechte Schulen, S-Bahn fähiger Bahnhof) oder Neuinvestitionen (etwa eine Mensa zur Essensversorgung der Schüler oder die Erweiterung der Sporthalle).

Gleichrangig mit dem Sparziel, welches in kommenden Jahrzehnten hohe Zinslasten für die Bevölkerung verhütet und ihr einen Gestaltungspielraum lässt, ist dann zu prüfen, ob eine Ausgabe wirklich auf Dauer benötigt wird. Gelingt es damit, Unterhalts- und Folgekosten der Stadt zu senken? Kann die Investition in absehbarer Zeit mit kommunalen Mitteln auch abbezahlt werden? Neben „Einmal-Ausgaben“ kann es manchmal sogar sinnvoll sein, neue laufende Ausgaben einzuführen, auch wenn die Stadt sich dafür vielleicht in finanzschwachen Jahren verschulden muss. Der Ausbau von Schulsozialarbeit mit Hilfe eines Förderprogramms im Rhein-Neckar-Kreis ist so ein Fall: Dieses Geld verhilft mehr Kindern als bisher zu Schulerfolgen, entspricht also dem Menschenrecht auf Bildung. Es ist also eine Investition „in die Ertragskraft künftiger EinwohnerInnen“ Ladenburgs, die sich später auszahlt.

So wichtig also Sparen und „Schuldenbremse“ sind: Grüne im Gemeinderat werden immer – nach festen ökologischen und sozialen Grundsätzen – weitsichtig handeln, denn auch grüne Finanzpolitik will nachhaltig sein. Sie werden sich aber (typisch für Ladenburg!) auf jährlich extrem schwankende Haushaltseinnahmen einstellen und durch Rücklagen aus guten Finanzjahren das langfristige Leistungsvermögen im Blick behalten. Sie werden alles Notwendige sparsam und zeitgemäß bewirtschaften und mit Um- und Vorsicht die Stadt weiterhin für Alle attraktiv halten. Grüne Finanzpolitik setzt vorrangig ökologische und soziale Prioritäten. Schuldenabbau bleibt für uns ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Es ergibt sich folgende Rangliste aktueller Investitionsplanungen unter Gesichtspunkten der Dringlichkeit des Bedarfs und der Finanzierbarkeit:

1. Sanierung des Carl-Benz-Gymnasiums
2. Umgestaltung des Bahnhofs zur S-Bahn-Station
3. Erhalt bestehender sozialer/kultureller Einrichtungen
4. Gemeinsame Mensa für das Schulzentrum
5. Anbau an die Lobdengau-Sporthalle - einfache Variante für Ballsport/vielleicht auch mit „Veranstaltungsqualität“

HIER: JUNG UND ALT IM MITEINANDER

Ladenburg ist für Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste unserer Stadt sehr attraktiv. Damit das so bleibt, müssen die kommunalen Aktivitäten, Investitionen und Planungen einer sich verändernden Bevölkerung entsprechen (Stadtentwicklungsplan). Im Jahr 2030 wird der Anteil der über 85 Jährigen mehr als doppelt so hoch sein wie heute, der Anteil der jüngeren Menschen wird dagegen abnehmen. Generationenfreundlichkeit im Sinne eines „Miteinander und Füreinander“ muss zunehmend das Zusammenleben in Ladenburg prägen. Familienfreundlichkeit ist dabei ein Schlüssel für gute Stadtentwicklung, die Menschen aller Generationen mit ihren verschiedensten Bedürfnissen geeignete Angebote macht und in allen Bereichen gutes Zusammenleben ermöglicht. Dafür werden auch Orte der Begegnung benötigt.

Kind sein; Eltern sein

Bestmögliche kindliche Entwicklung entscheidet letztlich darüber, ob Ladenburg auch in Zukunft gut aufgestellt ist. Die Arbeitswelt verlangt aber von ArbeitnehmerInnen hohe zeitliche Flexibilität. Dies kann schnell zu Konflikten führen, wenn gleichzeitig eine Familie organisiert werden muss. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine weitere Ausdehnung der Betreuungszeiten in Kindergarten und Hort ein. Insbesondere muss in der Weststadt das Kernzeit-Angebot durch qualifiziertes Fachpersonal ausgebaut werden. Wo Bedarf ist, unterstützen wir auch den Ausbau anspruchsvoller Betreuungsangebote über die Grundschule hinaus – mit hoher Verlässlichkeit.

Ladenburg hat eine Vielzahl von Kinderspielplätzen, allerdings sind diese nicht immer interessant gestaltet. Die Gestaltung der Kinderspielplätze sollte daher überprüft werden. Zudem sollten naturnahe Erlebnismöglichkeiten im stadtnahen Bereich gefördert werden. Das kann von Freiflächen wie dem Sandstrand am Neckar bis hin zu Veranstaltungsplätzen wie der Bacherlebnisstation der BUND-Ortsgruppe Ladenburg reichen.

Zur Schule gehen

Die benachbarte Lage von Werkrealschule, Realschule und Gymnasium bietet die Chance, einen Schulcampus zu schaffen, auf dem sich SchülerInnen aus allen drei Schulen treffen. Wir unterstützen auf lange Sicht grundsätzlich eine Umwandlung von Schulen zu einer Gemeinschaftsschule, soweit dies die Beteiligten wünschen.

Gleichermaßen befürworten wir die Weiterentwicklung des Ganztagsangebots oder entsprechender Möglichkeiten, SchülerInnen am Nachmittag zu betreuen, sofern hierfür von Seiten der Eltern ein Bedarf gesehen wird.

Es soll auch eine zentrale Mensa entstehen. Bei der Essensversorgung durch die Mensa müssen nach Möglichkeit biologisch angebaute Produkte verwendet werden. Religiösen Besonderheiten, aber auch einer veganen oder vegetarischen Lebensweise sollte Rechnung getragen werden. Nur so wird niemand ausgeschlossen.

Weitergehende Möglichkeiten, die Schul-Infrastruktur gemeinsam zu nutzen, sind zu prüfen. Schulsozialarbeit ist uns wichtig. Wir begrüßen, dass die Stadt Ladenburg Schulsozialarbeit ausweiten will auf alle Schularten, also den Weg eines entsprechenden Förderprogramms des Rhein-Neckar-Kreises mitgeht, wobei die Stadt den finanziellen Eigenanteil dafür schultert.

Wenn Familien während ihrer Kindergarten- und Schulphase dies wünschen, müssen auch Kinder mit Behinderungen die Möglichkeit haben, in einen allgemeinen Kindergarten und in die allgemeinen Schulen zu gehen – mit der dafür notwendigen Assistenz. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die alle einschließt, befürworten wir die Einrichtung von ambulanten Angeboten, die es Betroffenen ermöglichen, beim Wohnen und in der Freizeitgestaltung individuelle Wege zu gehen.

Kinder bzw. SchülerInnen sind als die schwächsten Teilnehmer im täglichen Straßenverkehr besonderen Risiken ausgesetzt. Durch Konzepte wie z.B. „Sichere Schulwege“ möchten wir die Eigenmobilität von Kindern aktiv fördern. Schulische Aktionen wie „Ich laufe gern“ sind zu unterstützen.

Jung sein

Mitsprache für Jugendliche

Durch das von der grün-roten Landtagsmehrheit neu geschaffene Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren erhalten Jugendliche mehr Mitwirkungsrechte. Jugendinitiativen und unser Jugendgemeinderat sind wichtig, damit Jugendliche sich am kommunalen Leben beteiligen und ihre Sichtweise in die Politik einbringen. Wir wollen, dass ihre Anliegen weiter ernst genommen werden.

Wir unterstützen zudem die Schaffung einer Kinder- und Jugendkommission mit dem Ziel, den Bedarf von Kindern und Jugendlichen zu verstehen und entsprechende Angebote zu machen. Die Kommission – mit Vertretern aus Jugendgemeinderat, Schulen, Vereinen, Religionsgemeinschaften, des Jugendzentrums „Kiste“ und den Gemeinderatsfraktionen – soll auch das Ziel haben, die Jugendarbeit stärker zu vernetzen.

Offene Jugendarbeit

Jugend braucht Treffpunkte jenseits von Schule, Arbeitswelt und organisierter Jugendarbeit. Das Jugendzentrum „Kiste“ war und ist uns daher eine Herzensangelegenheit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Jugendzentrums weiterhin sichergestellt und nach Möglichkeit ausgebaut wird.

Wohnbedürfnisse

Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse an ihre Wohnformen und an die Wohnumgebung: Kinder, Jugendliche, erwachsene Frauen und Männer, SeniorInnen, Gesunde und Personen mit Krankheiten oder Behinderungen, egal, ob sie hier oder anderswo aufgewachsen sind. Möglichst lange selbstbestimmt leben wollen wir alle.

Mit Hilfe ihrer Vorgaben kann die Gemeinde viel dazu beitragen, dass geeigneter Wohnraum für jedes Einkommen, jede Altersgruppe und jede Form des Zusammen- und Alleinlebens zur Verfügung steht (vgl. unten: „Stadtentwicklung“). Neben seniorengerechten und barrierefreien Räumlichkeiten müssen von den Bauwilligen verstärkt familienfreundliche – auch größere und dabei bezahlbare – Wohnungen gebaut werden können.

Leben im Alter

Nur etwa 2% der Menschen im Alter von über 65 Jahren können sich vorstellen, in einem Pflegeheim zu leben. Künftig werden wir mehr alternative Wohnformen für ältere Menschen benötigen. Diese müssen vielfältig sein. Es werden niedrighschwellige Dienste für Menschen ohne Pflegestufe erforderlich sein. In ambulant-betreuten Wohngruppen oder Mehrgenerationenhäusern sollen Menschen mit Unterstützungsbedarf möglichst lange so eigenständig und so selbstbestimmt wie möglich leben können. Nachbarschaftshilfe, Sozialstation und Beratungsdienste ermöglichen es auch Älteren, ihrem Wunsch entsprechend in der vertrauten Wohnung und Umgebung bleiben zu können. Dabei werden auch Altenpflegeheime weiterhin notwendig sein. Mehr und mehr sind bei steigender Lebenserwartung auch in Ladenburg Menschen von dementiellen Erkrankungen betroffen. Sie gehören mitten in unsere Stadt. Die Stadt sollte ein Zeichen setzen und die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren. Wie können MitarbeiterInnen in der Gemeindeverwaltung, in öffentlichen Einrichtungen, bei Feuerwehr und Polizei Menschen mit beginnender Demenz begegnen, Brücken für sie bauen, damit sie besser und mit weniger Angst am öffentlichen Leben teilhaben können?

Die Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle (IAV) leistet wertvolle Arbeit durch Beratung und Information von Angehörigen und Betroffenen, wenn Pflegebedürftigkeit besteht oder droht. Wir begrüßen, dass dieser wichtige Dienst für Ladenburg und Ilvesheim ausgebaut wird und die Möglichkeit bekommt, sich unter städtischer Regie weiterzuentwickeln: So wird er, mitfinanziert aus Mitteln der Pflegeversicherung, Teil eines offiziellen Pflegestützpunkts werden und Themen wie z. B. Beratung oder Wohnraumanpassung mit bearbeiten.

Wir unterstützen die Initiative von Angehörigen und Betroffenen, die versuchen, im Miteinander Entlastung und Unterstützung zu ermöglichen. Die geplante Schaffung einer städtischen Senioren-Kommission halten wir für notwendig. Wir verfolgen auch die Idee der Gestaltung eines Demenzwegweisers Ladenburg.

Hier ist aber nicht zu vergessen, dass Menschen im Seniorenalter nur zum kleineren Anteil ständig soziale Alltagshilfe benötigen. Im Gegenteil könnten, wenn sie wollen, die meisten sich bürgerschaftlich für Andere einsetzen. Solche selbst gewählten Tätigkeiten zu erschließen, ist gut für beide Seiten: Sie halten ältere Menschen aktiv und gesund, bringen neuen Sinn in ihren Alltag und werden auch von der Allgemeinheit in einer Gemeinde sehr gebraucht und gerne anerkannt.

HIER: TEILHABEN

Alle LadenburgerInnen sollen bedürfnisgerecht ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft führen können: auf dem Markt einkaufen, FreundInnen und Verwandte besuchen und empfangen, Sport treiben, ins Konzert gehen, aktiv in Vereinen sein, wählen gehen und vieles andere mehr.

Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung, am öffentlichen Leben teilhaben zu können. Sie bietet ein Mehr an Lebensqualität für Alle: Was Menschen im Rollstuhl das Leben erleichtert, hilft auch Eltern mit Kinderwagen, älteren Menschen mit Gehhilfen oder Reisenden mit Gepäck. Leider gibt es viele Hürden in unserer Stadt, die es schwer machen sich auf den Ladenburger Straßen fortzubewegen. Unter Barrieren verstehen wir vermeidbare Hindernisse für Mobilitätseingeschränkte ebenso wie für seh- und hörbehinderte Menschen.

Zu den hierbei nötigen Aufgaben zählt beispielsweise das Absenken von Bordsteinen, die Schaffung von Rampen und Orientierungshilfen in öffentlichen Gebäuden sowie die konsequente Fortführung der Erneuerung des Pflasters in der Altstadt. Für kommunale Schrift-Information muss auf einfache, verständliche Sprache und ausreichende Schriftgröße geachtet werden. Eine barrierefreie Internet-Homepage der Stadt ist anzustreben.

Auch ohne Auto – mit und ohne Fahrrad – mobil und gut erreichbar zu sein, wird für die Stadt als Ganzes und für die gesamte Bevölkerung immer wichtiger. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in Ladenburg eine Bestandsaufnahme der baulichen und funktionellen Behinderungen in öffentlichen Gebäuden, im Verkehr, in den Medien wie auch im Sprachgebrauch der Behörden durchgeführt wird. Betroffene sollen als „sachkundige BürgerInnen“ in Entscheidungsprozesse einbezogen oder zumindest angehört werden.

Ein Stadtführer speziell für alle auf Barrierefreiheit Angewiesenen sollte – wie in den 1990er Jahren – neu und aktuell erarbeitet werden. Über das Angebot barrierefreier Stadtführungen könnte Ladenburg das touristische Angebot erweitern.

Ein Hindernis für Teilhabe ist Armut, die es leider auch in Ladenburg gibt. Neben dem „Ausgleich drohender Benachteiligung“, wie ihn das deutsche Sozialsystem regulär vorsieht (Mindestsicherung, Verpflichtung zur örtlichen Wohnversorgung bei Obdachlosigkeit usw.), muss es ergänzend auf Ebene der Gemeinde unbürokratisch zugängliche Vorkehrungen geben, die im Sinne von Überbrückungshilfen greifen, damit es vor Ort nicht zu schwerer existenzieller Not kommen kann – auch nicht im Ausnahmefall.

Die Betroffenen kann man nicht einfach tage-, ja wochenlang warten lassen, bis die Kreissozialbehörden rechtssicher über ihren Bedarf entschieden haben. Unsere Wohlstandsgesellschaft praktiziert heute eine „kalte Kultur“ des Umgangs mit Armut. Betteln ist verpönt. Man lässt Personen ohne geregelter Einkommen üblicherweise kein Bankkonto eröffnen und auch nicht vorläufig im örtlichen Handel „anschreiben“. Strom und Heizung werden ihnen bei Zahlungsunfähigkeit schnell abgestellt. Weil ihre Wohnlage sehr prekär sein kann, sind sie besonders hilflos, wenn sie z.B. ihr letztes Geld verloren haben oder bestohlen worden sind. Zum nächstgelegenen „Tafelladen“ (in Edingen) oder zu kostenlosen Essensangeboten und sozialen Kleiderkammern (in Mannheim) können sie mangels Transportmittel gar nicht gelangen. Sie wissen oft nichts über örtliche Stellen, an die sie sich wenden könnten, oder sie vertrauen ihre Notlage aus Scham keiner Privatperson an.

Wenn also sozial sachkundige Personen in Ladenburg, denen die Stadtverwaltung vertraut, auf derartige vorübergehende Notlagen stoßen, so muss dafür ein kleiner städtischer „Sozialfonds“ zur Verfügung stehen. Wir begrüßen, dass unsere diesbezügliche Initiative 2014 positiv von Rat und Verwaltung aufgenommen wurde, und glauben, dass zur Entlastung der Allgemeinheit einige Menschen in unserer Stadt, denen es gut geht, mit privaten Spenden dafür sorgen werden, dass dieser Soforthilfen-Fonds immer einen verfügbaren Geldbetrag enthält.

HIER: AKTIV & KREATIV

Sport

Viele Sportstätten wurden in den letzten Jahren hauptsächlich durch ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinsarbeit saniert, erweitert und gepflegt. Nur so war es möglich, eine über die Grenzen Ladenburgs hinaus beneidete Vereinslandschaft zu entwickeln. Aber auch hier ist der demographische Wandel spürbar: Viele Aktive aus Vereinen „steigen altersbedingt aus“ und es gibt Nachwuchssorgen – nicht nur wegen bestimmter Trends im Schulbereich (verkürzte Schulzeit „G/8“; mehr Ganztagsangebote) sondern auch wegen allgemeiner Geburtenschwäche und kommerzieller Fitnessangebote in Studios. Umso erfreulicher ist, dass sich vereinzelt auch neue Sportarten etablieren konnten, die den Zeitgeist der Jugend aufnehmen und in die Vereinsarbeit integrieren. Dennoch werden künftig Vereins-Fusionen und -Kooperationen zunehmen müssen und bei den Sportanlagen wird ein weiterer Ausbau wirtschaftlich kaum sinnvoll sein.

Speziell für einige Hallensportarten ist die momentane Situation jedoch unbefriedigend und durch ehrenamtliches Engagement oder Reorganisation nicht zu lösen. Hier ist ausnahmsweise doch der kommunale Träger gefragt. Großer Diskussionspunkt in der folgenden

Amtsperiode des Gemeinderats wird daher eine Erweiterung der Lobdengauhalle sein. Neben dem Vereinssport kann diese auch für den Schulsport und für kulturelle und andere offizielle Veranstaltungen nutzbar sein. Bei der Erweiterung wäre auch an eine Kulturausstattung (Bühne, Licht etc.) zu denken. Wir gehen dabei von einem breiten Konsens in der Bevölkerung aus.

Das Vorhaben wird auch von Bündnis 90/Die Grünen als wichtiges Projekt des kulturellen und sportlichen Angebots gesehen. Für die bauliche Erweiterung ist aber als Ausführung der energetische Passivhausstandard zu fordern, um die Dauerausgaben der Bewirtschaftung zu begrenzen. Zahlreiche Beispiele öffentlicher Gebäude können dazu als Vorbilder benannt werden und sind durch geringere Folgekosten und günstige Klima-Effekte eine gut angelegte Investition.

Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Ladenburg werden letztlich darüber entscheiden, wie schnell und in welcher „Ausstattung“ dieses Bauvorhaben umgesetzt werden kann.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur lassen uns die Welt mit anderen Augen sehen und neu begreifen. Öffentliche Mittel für Kunst und Kultur sind auch Investitionen in die Zukunftsfähigkeit einer Stadt. Hier darf es – bei allen Sparsamkeitspflichten – keinen Kahlschlag geben.

Besonders interkulturelle Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und zum Abbau von Vorurteilen. Wir bekennen uns also klar zur Kulturförderung als wichtiges Aufgabengebiet unserer Stadt. Nicht zuletzt handelt es sich dabei um einen nicht zu vernachlässigenden Standortfaktor, von dem sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Gewerbetreibende profitieren. Kultur trägt zudem zur Förderung der touristischen Attraktivität der Stadt erheblich bei.

Wir sehen es auch als eine kommunale Bildungsaufgabe an, die Musikschule und die Bibliothek in ihrem derzeitigen Angebot zu erhalten.

Die geschichtlich überkommenen Kulturschätze unserer Stadt wollen wir bewahren: Aus diesem Grund ist u.a. die Weiterentwicklung des Lobdengau-Museums, das von vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern mit getragen wird, zu unterstützen. Auch als neuer Veranstaltungsort eigener Art kann das Museum dazu beitragen, unser kulturhistorisches Erbe zu bewahren, es für neue Interessierte zu präsentieren und unsere Stadt auf attraktive Weise bekannter zu machen.

Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement im Kulturbereich und setzen uns dafür ein, dass hierfür ausreichend Raum und Darstellungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Sowohl Groß-, als auch

Kleinveranstaltungen bereichern das kulturelle Angebot und sollen in ihrer Vielfalt möglichst erhalten werden.

HIER: STADT PLANEN UND ENTWICKELN

Durch Identifizierung mit dem Wohnort entsteht „Heimat“, wie sie in unserer Zeit der Globalisierung eher noch wichtiger als früher geworden ist. Auch die örtliche Politik kann etwas für diese örtliche Einbindung tun. Gegenüber NeubürgerInnen und bei den Neugeborenen der Ladeburger Familien sowie für hiesige MigrantInnen nach dem Vollzug ihrer Einbürgerung besteht daher zu Recht eine gute städtische Willkommenskultur. Eine von Zeit zu Zeit aktu-alisierte, durch Werbung mitfinanzierte Broschüre über Ladenburg, Gutscheine für Stadtführungen und ähnliche symbolische Gaben sollen, neben dem Angebot von regelmäßigen „NeubürgerInnentreffen“, auch künftig Wertschätzung zum Ausdruck bringen und aufzeigen, dass die Ortsgemeinschaft für Anregungen und Fragen aus der neuen Einwohnerschaft jederzeit offen ist.

Stadtentwicklung heißt zunächst einmal, unser vorhandenes, schönes Ambiente zu achten und zu pflegen.

Lebendige Innenstadt

Eine lebendige Innenstadt wünschen wir uns alle. Wohnen, einkaufen, genießen, feiern – die Nutzung dort angesiedelter Betriebe und die Pflege der Tradition in unserem Stadtkern – welcher das Gesamtbild maßgeblich prägt und letztlich den Wiedererkennungswert der Stadt ausmacht –, ist sehr vielfältig. Dennoch wird oft von einer schleichenden Verödung des Angebots gesprochen. Ladenschließungen, Leerstände, punktuell überhöhte gewerbliche Erdgeschossmieten und die wenigen noch unerfüllten Nachholbedarfe bei der Altbausanierung sind dabei genauso Themen wie schwierige Entwicklungen beim beweglichen und ruhenden Verkehr oder eine aufkommende Unduldsamkeit bei einzelnen BewohnerInnen der Altstadt gegenüber Festen und Sonderaktivitäten. Diese und weitere möglichen Gründe wurden und werden viel diskutiert, was fehlt sind neue Ansätze und Wege.

Wir möchten Ideengeber sein und offen über Vorschläge sprechen. Die gastronomische Vielfalt in Ladenburg ist groß und die geschaffenen Möglichkeiten zur Außenbewirtschaftung in wärmeren Jahreszeiten sind begrüßenswert. Auf dieses Pfund sollten Gastgewerbe und Handel setzen und Ladenburg konsequent zum regionalen Anziehungspunkt weiterentwickeln – Ladenburg: Feinschmeckerparadies und Einkaufserlebnis am Neckar. Begriffe wie „Shopping im Schlendern“, Slow Food, sauber, gut und fair sollten langfristig prägend für diese Strategie sein und dabei auch die BewohnerInnen der Altstadt, deren Toleranz

erforderlich bleibt, mitnehmen. Wie positive Beispiele, etwa in der Pfälzer Kleinstadt Deidesheim/Weinstraße, zeigen, können solche Strategien zu einer Situation beitragen, die letztlich zum Vorteil aller Beteiligten ist. Der Ausbau von Übernachtungsmöglichkeiten für Touristen und Geschäftsleute ist ein weiterer bedeutender Punkt, um Ladenburgs Attraktivität – auch für Besuche und Reisen – zu steigern.

Traditionsfeste und regelmäßige Märkte gehören dazu, soweit es sich um Eigeninitiativen Beteiligter (z.B. „Ladenburg tafelt“, Wochenmarkt) oder zumindest um echte Gemeinschaftsinitiativen der ganzen Kommune handelt (so etwa beim Altstadtfest). Es ist aber nötig, klar-zustellen, dass sie keine städtischen Kernaufgaben sind, also keinen zu großen Aufwand öffentlicher Finanzmittel erfordern dürfen. Das gilt z.B. für die derzeitige Organisation des Weihnachtsmarkts, die langfristig nicht allein an den Finanzen der Kommune hängen bleiben darf.

Bei jedem Konzept einer Altstadtbelebung stehen also Initiativen für und aus der Mitte der Einwohnerschaft im Zentrum. Sowohl die örtlichen Organisationen von Handel und Gastronomie, als auch die Stadtverantwortlichen müssen in netzwerkartiger Kooperation die fördernde, beratende Rolle bewusst annehmen, die ihnen dabei zufällt. Das gilt besonders für kundennahen Gewerbebereiche, die eine Chance in unserer Stadt suchen. Wirklich handhabbar wird die Zusammenarbeit zur Stadtbelebung besonders durch die feste Adresse eines „Kümmerers“ bei der Stadtverwaltung, wo die Fäden zusammen laufen. Dazu muss keine Planstelle neu entstehen, aber es müssen Verantwortlichkeiten definiert und kurze Wege zu denen eingerichtet und erprobt werden, die dazu beitragen können, unsere Stadt zu (re-)vitalisieren. Ein Mangel an derartiger Verwaltungszuständigkeit bleibt nicht ohne Folgen. Das zeigt aktuell die Abwanderung eines schon lange erweiterungs- und standort-suchenden, in Ladenburg angestammten Orthopädiegeschäftes in eine Nachbarstadt – die über solche Zuständigkeiten in der Verwaltung und über das entsprechende Netzwerk verfügt.

Verkehrsentwicklung Altstadt

In der Altstadt Ladenburgs treffen viele Bedürfnisse aufeinander. Das Nebeneinander von Ladengeschäften, Gaststätten, Dienstleistungen und Wohnungen auf engstem Raum birgt zwangsläufig auch Konfliktpotential. Dies spiegelt sich hauptsächlich in der Verkehrssituation. Bei einem Mindestmaß an gegenseitigem Verständnis sehen wir diese Konflikte aber durchweg als lösbar an. Zumal aus ganz unterschiedlichen Gründen die Zeit einer ausschließlich am Auto orientierten Lebensweise langsam zu Ende geht. Viele Ladenbesitzer beklagen dennoch eine zu geringe Zahl an PKW-Parkplätzen für Ihre Kunden. Mehr Kurzzeitparkplätze während der Ladenöffnungszeiten würde diese Situation sicher verbessern. Eine

stärkere Kontrolle des ruhenden Verkehrs – die bei Bedarf bis hin zu einer Art Parkraumbewirtschaftung entwickelt werden kann – ist dabei natürlich hilfreich (Parkscheinautomaten eignen sich aus Gründen des Stadtbilds dafür aber eher nicht). Dies gilt auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten. Denn wer eine Gaststätte besucht und länger verweilt, kann problemlos auf einem nahen Parkplatz außerhalb der Altstadt parken; und wer als Bewohner der Altstadt keinen eigenen Parkplatz besitzt, kann außerhalb der Ladenöffnungszeiten auch gern in der Altstadt parken oder bei längerer PKW-Standzeit auf die nahen Parkplätze außerhalb der Altstadt zurückgreifen.

Die unechte Einbahnstraße im Bereich Haupt- und Kirchenstraße hat sich für den fließenden Verkehr bewährt und soll beibehalten werden. Die Sperrung der Einfahrten in die Hauptstraße am Wochenende vor dem Kiosk „Schneckenhäusel“ und am Schriesheimer Tor werden von Touristen und Erholungssuchenden fast durchweg als angenehm begrüßt und steigern die touristische Attraktivität über die Wochenenden.

Es ist aber noch zu erproben, ob am Wochenende gleichzeitig die Durchfahung der Hauptstraße entlang des Marktplatzes (zwischen Kirchenstraße und Feuerleitergasse) gesperrt werden sollte. Zumindest sind die Erfahrungen, die damit an den Weihnachtsmarkt-Wochenenden gemacht wurden, durchaus positiv gewesen. Damit könnte sich der Marktplatz gastronomisch am Wochenende noch besser weiterentwickeln. Für Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt ist ein Parkausweis für AnwohnerInnen von Vorteil. Jedenfalls muss für andere Verkehrsteilnehmer leicht zu erkennen sein, wenn es sich um eine berechnigte Einfahrt am Wochenende handelt.

Neubaugebiete

Ladenburg ist eine Stadt, in der das Wohnen und Leben Freude bereitet. Um diese Attraktivität zu erhalten, wollen wir maßvoll den Zuzug von Neubürgerinnen und -bürgern ermöglichen. Wir begrüßen besonders Bauvorhaben, die unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte Generationen übergreifende Wohnprojekte zum Ziel haben.

Eine lebensfähige Stadt braucht aber auch genügend offene Feldmarkung und unversiegelte Frei- und Bewegungsräume. Daher sind heute Sanierung, Baulücken-Schließung, bauliche Innenverdichtung und nur eine äußerst vorsichtige Neuausweisung von Wohngebieten angesagt. Gerade mit dieser Strategie sind jedoch Vielfalt und Modernisierung unseres Lebensraums sehr gut möglich. Gleichwohl ist uns eine wohl überlegte Entwicklung von Neubaugebieten für den Erhalt einer gesunden Bevölkerungsstruktur wichtig. Hiermit kann nämlich dem Bedarf an altersgerechten Wohnformen und einer Förderung des Zuzugs von Familien mit Kindern besser Rechnung getragen werden, was wiederum die Auslastung der in den letzten Jahren ausgebauten Betreuungseinrichtungen auch in Zukunft sichert.

Die Erschließung der Hockenwiese steht unmittelbar bevor und wird zahlreichen Wohnungssuchenden die Möglichkeit geben, sich in Ladenburg anzusiedeln. Wir setzen uns dafür ein, dass der Vergabeschlüssel der städtischen Flächen objektiv, transparent und sozial orientiert bleibt. Für die Bebauung dieses Areals und der wenigen, später folgenden Neubaugebiete fordern wir höchstmögliche ökologische Standards. Vor allem ist bei Umsetzung des Bebauungsplans für das zukünftige Wohngebiet Nordstadt auf eine energieeffiziente und umweltschonende Bauweise streng zu achten. Dessen abschnittsweise Entwicklung hat Vorrang vor einer Vollerschließung. Dies spricht nicht gegen einen „Masterplan“, in dem grundlegende und langfristige Entwicklungen festgeschrieben werden. Sobietet sich für uns die einmalige Gelegenheit, das Baugebiet Nord nach neuesten öko-sozialen Kenntnissen auszurichten. Dies sollte eine zentrale ökologische Heizungsanlage, bevorzugte Ansiedlung von Passivhäusern (z. B. Hannover: Bauplatzvergabe gezielt für Vorhaben mit niedrigstem Energieverbrauch) und eine gesunde soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung (Einfamilienhäuser für junge Familien bis hin zu Mehrgenerationenhäusern für das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt) bedeuten. Auch die Anbindung an wichtige Versorgungseinrichtungen (Geschäfte, öffentliche Einrichtungen, Freizeitstätten) und an die Altstadt sowie an die angrenzenden Wohngebiete, die mit allen individuellen Verkehrsmitteln und auch fußläufig zu erreichen sein müssen, sowie an den öffentlichen Personennahverkehr sind bei der Erschließung wichtige Kriterien.

Gewerbeflächen

Die Verfügbarkeit von Gewerbegebieten ist für jede Kommune von Bedeutung. Auch nachdem sich das Ladenburger Gewerbegebiet „Hohe Straße“ nur sehr zögerlich geschlossen hat, muss in Zukunft für ansiedlungswillige Gewerbetreibende weiterhin ein taugliches Angebot zur Verfügung stehen. Dabei halten wir den Konkurrenzkampf zwischen den Nachbargemeinden um Gewerbeansiedlung – insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung – für überholt. Vielmehr sollte bald erreicht werden, dass sich Nachbargemeinden zusammen schließen und gemeinsam im Rahmen einer Kooperation Gewerbegebiete ausweisen und entwickeln.

HIER: ANKOMMEN UND VORANKOMMEN

Ein gut funktionierender Nahverkehr (ÖPNV) ist heute ein wichtiger Standortfaktor und steigert die Attraktivität einer Stadt für alle Menschen.

S-Bahnanschluss

Wir setzen uns für eine weitere Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs ein, d.h. bessere und erweiterte Anschlüsse, die die Bedürfnisse bei der Nutzung von Bus und Bahn (durch SchülerInnen, ArbeitnehmerInnen, Tagestouristen) erfüllen. Dazu gehört auch eine verbesserte Anbindung der Weststadt.

Der geplante Umbau unseres Bahnhofs zur S-Bahnstation, für den gerade die Grünen lange gekämpft haben, wird nun endlich einige Erleichterungen bringen, wie z.B. die barrierefreie Erreichbarkeit durch Aufzüge und erhöhte Bahnsteige.

Darüber hinaus fordern wir eine Aufwertung des Bahnhofumfeldes wie z. B.

- eine Überplanung und Neugestaltung des Vorplatzes
- eine direkte Anbindung an die RNV-Buslinie
- mehr und möglichst überdachte Fahrradabstellplätze (auch abschließbare Boxen)
- Schaffung von zusätzlichen Park & Ride-Parkplätzen auf dem ehemaligen Zuckerrübenverladeplatz („Bahnhofsrückseite“) mit Direktzugang zur Unterführung
- Neuplanung einer Zufahrt von der Weststadt aus
- E-Bike-Tankstelle auf dem Bahnhofsvorplatz
- Verhandlungsziel mit der DB: Ausreichend komfortable Bahnsteig-Überdachungen

Rad & Tat

Das Fahrrad ist zweifellos ein vielseitiges, preiswertes und umweltfreundliches Verkehrsmittel, das die Menschen gerne nutzen. Ladenburg braucht für dafür ein schlüssiges Entwicklungskonzept.

Gerade in einer kleinen und „ebenen“ Stadt wie Ladenburg spielt das Fahrrad eine bedeutende Rolle für kommunale Mobilität, denn es ist im Alltag ein praktisches und schnelles Fahrzeug, ein beliebter Freizeit- und Reisebegleiter sowie ein attraktives Sport- und Fitnessgerät. Räder haben auch in vielen kleineren Gemeinden das Potenzial, innerstädtisch das Einkaufs-Verkehrsmittel Nr. 1 zu sein (wie schon im Innern von so mancher Groß- und Mittelstadt wie Konstanz, Darmstadt, Freiburg/Breisgau oder Münster/Westfalen). Das Zweirad ist überdies das meistgenutzte Fahrzeug auf dem Schulweg und wohl auch in der Freizeit eines der wichtigsten Fortbewegungsmittel unserer Kinder und Jugendlichen in Ladenburg. Zudem sind Radtouristen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine wachsende Zielgruppe.

Wir werden uns dafür einsetzen, sicheres Radfahren in Ladenburg noch attraktiver zu machen. Zu einer „Fahrradstadt Ladenburg“, die wir uns wünschen, fehlen noch wichtige Schritte, deren Umsetzung wir in der neuen Amtsperiode des Gemeinderats angehen müssen.

Sicherheit mit dem Rad

Unser städtisches Radwegenetz muss an einigen Stellen sicherer werden. Hierzu sind an den verkehrsreichen, innerstädtischen Straßenzügen mit Tempo 30- u. 50-Regelungen, die keine ausgewiesene Fahrradspur besitzen, so genannte „Schutzstreifen“ einzurichten (z. B. Schwarzkreuzstraße, Neue Anlage, Bahnhofstraße, oder von An der Beint bis zum Schwimmbad/Sportzentrum u.ä.m.). Diese kostengünstigen, aber erfahrungsgemäß effektiven Markierungen fördern die sinnvolle Abstandswahrung zwischen motorisiertem Verkehr und den FahrradfahrerInnen. In diesem Zusammenhang ist u. a. der unmarkierte Fuß/-Radweg an der Neckarwiese zu nennen, auf dem sich regelmäßig insbesondere bei schönen Wetter und hoher Frequentierung Menschen, die zu Fuß und mit dem Rad unterwegs sind, gegenseitig „in die Quere kommen“.

Wo es über die Schutz-Streifen hinaus möglich und sinnvoll erscheint, ist der Fahrrad-Verkehr vom übrigen Verkehr angemessen zu „entzerren“.

Zur Entschärfung von potentiellen Unfallschwerpunkten: Die Ladenburger Grünen erstellen derzeit eine aktuelle Mängel- und Ideenliste, an der die Stadtverwaltung schon jetzt großes Interesse bekundet hat.

Rad-Infrastruktur

Sinnvolle Ergänzung der existierenden Radwegebeschilderung für Radtouren und Integration in das überregionale Radwegenetz (z.B. Anbindungen nach Heidelberg/Mannheim, zur Fähre, Richtung Odenwald) sind angesagt.

Um der anfangs erwähnten Bedeutung des Fahrrads gerecht zu werden, müssen an neuralgischen Punkten der Stadt geeignete

Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden - z.B. am Bahnhof, Marktplatz, Rathaus (siehe oben).

Zur Förderung des lokalen Tourismus soll eine für die Kommune kostenneutrale Fahrrad-Leihstation initiiert werden.

Im Umfeld der Fahrradabstellmöglichkeiten am Marktplatz soll – wie auch am S-Bahnhof – in Kooperation mit dem örtlichen Einzelhandel eine E-Bike-Tankstelle eingerichtet werden.

Die Sanierung von bestehenden, aber überholungsbedürftigen Radwegen ist sowohl aus Gründen der Sicherheit als auch zur Erhöhung der Attraktivität erforderlich. Weitere Anliegen sind die verbesserte Anbindung der Weststadt an die Altstadt und die planerische Einbindung der zukünftigen Nordstadt in das Radwegenetz.

Kooperation bei der Radverkehrs-Förderung

Aus Sicht der Grünen ist es erforderlich, dass alle genannten lokalen Maßnahmen und Aktivitäten in Ladenburg sinnvoll eingebettet sind in die vielfältigen Fahrradinitiativen in der Region wie auch im Land – vgl. Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW); RadKULTUR Baden-Württemberg. Denn schließlich wollen wir von Bündnis 90/Die Grünen in Ladenburg das Rad nicht allein neu erfinden, sondern „ressourcenschonend“ an einschlägigen Aktivitäten mitwirken und daraus Nutzen ziehen.

HIER: UMWELT SCHÜTZEN & ENERGIE SPAREN

Umwelt und Energie

Sehr große Herausforderungen unseres Jahrhunderts liegen im Bewahren von Natur und Umwelt sowie im Umsteuern auf eine nachhaltige Energieversorgung, damit auch spätere Generationen eine faire Chance in der Gestaltung ihres Lebens haben. Wir müssen deshalb mit unseren Ressourcen verantwortungsvoll und nachhaltig umgehen.

Unserer Stadt kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Wesentliche Entscheidungen bei Investitionen müssen nach wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Kriterien gefällt werden. Kommunen haben in diesem Bereich für ihre Bürger Vorbildfunktion. Sie müssen vorangehen und zeigen, was möglich und finanzierbar ist. Nachhaltige wirtschaftlich-ökologische Verbesserungen sind hierbei höher zu gewichten als kurzfristige betriebswirtschaftliche Vorteile.

Kommunales Klimaschutzkonzept

Ein wichtiger Baustein für diese Aufgabe ist die Entwicklung eines kommunalen Klimaschutzkonzepts, das endlich kommunalpolitisch in Stadt und Region soeben in Gang zu kommen scheint. Dies begrüßen wir. Dabei

müssen folgende Fragen mit den Bürgern unserer Stadt diskutiert und entschieden werden:

Wie geht die Stadt mit ihrem Baubestand um, wie wird ökologisch saniert und modernisiert? Wie sieht eine nachhaltige Nutzung und zukünftige Energieversorgung aus?

Welche Kriterien und Standards gelten für neue kommunale Gebäude?

Zu beachten ist: Die geltende Energie-Einsparverordnung ist schnell veraltet und genügt keinen nachhaltigen Kriterien.

Für zukünftig neu zu errichtende Gebäude fordern wir den Passivhausstandard. Das führt langfristig zu einer wesentlichen Entlastung unseres Verwaltungshaushalts und des Stadtklimas.

Bei der Entwicklung von Neubaugebieten fordern wir ein behutsames Herangehen unter Berücksichtigung demographischer Faktoren und der städtischen Infrastruktur.

Die Gebäude eines Neubaugebietes sollten Passivhausstandard haben. Dies ist, soweit rechtlich möglich, durch entsprechende Vorgaben im kommunalen Planungsprozess zu gewährleisten (vgl.: „Stadtplanung“, s. oben). Eine Passivhaussiedlung steigert Ladenburgs Attraktivität, schont das Klima und den Geldbeutel der Bewohner.

Auch gilt die Warnung „Stopp dem Flächenfraß“! Wir wollen die Siedlungsfläche und die Natur um Ladenburg nicht zubetonieren! Unsere Bauern benötigen die landwirtschaftlich nutzbaren Felder dringend. Auch folgende in Ladenburg lebende Generationen müssen noch Entwicklungschancen und Wahlmöglichkeiten haben.

Bei all dem ist zu beachten: Die BürgerInnen müssen mitreden können. Wir nehmen Partizipation ernst. Deswegen fordern wir einen „Runden Tisch Energie“. Hier könnten interessierte und sachkundige Personen unserer Stadt ihre Ideen und Vorschläge einbringen.

Nachhaltige Beschaffung - Grundsatz für den städtischen Haushalt

Alle Beschaffungsvorgänge in der Kommune müssen auf Nachhaltigkeit überprüft und wenn erforderlich neu ausgerichtet werden. Neben der Ökobilanz sind hier auch soziale Standards wichtig. Schließlich wollen auch wir bald eine anerkannte „Fairtrade-Kommune“ werden.

Gentechnikfreies Ladenburg

Mit der Bürgerinitiative für gentechnikfreie Landwirtschaft – BürGenLand ist es uns schon einmal gelungen, Ladenburgs Felder gentechnikfrei zu halten. Es ist nötig, dass die Stadt weiterhin über ihre Mitgliedschaft in diesem Bündnis, das Ladenburg auch jährlich durch einen attraktiven Regionalmarkt auf der Festwiese mit guten Landprodukten bereichert, hellwach und aktiv bleibt. Die städtischen Pachtverträge wurden entsprechend angepasst. Neues Unheil droht nun aus Brüssel: Weitere

gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sollen zugelassen werden – mit nachteiligen Folgen für Natur und Mensch.

GVO sind eine Bedrohung für die Biodiversität sowie auch für Ernährung und Gesundheit der Menschen – bisherige wissenschaftliche und soziale Erkenntnisse zeigen dies weltweit deutlich. Zusammen mit BürGenLand fordern wir für Ladenburg: Keine gentechnisch manipulierten Pflanzen auf unseren Feldern! Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Mehr Grün in der Stadt

Weiterentwicklung des städtischen Grünkonzepts

Nach dem Grünprojekt 2005, das die Stadt Ladenburg attraktiver gemacht hat, gilt es, die städtische Grünqualität konsequent weiterzuführen. Die größte Herausforderung ist dabei, den bereits erreichten Zustand durch Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen zu sichern. Werden diese nämlich fachgerecht und rechtzeitig angepackt, reduzieren sich die Kosten in der Zukunft. So ist es z.B. bei neu gepflanzten Bäumen oft nur ein kleiner Schnitt, der über die spätere Stabilität entscheidet und kostenintensive Baumsanierungsmaßnahmen oder gar vorzeitige Fällungen überflüssig macht. Beispielhaft dafür sind die am Kreisel vor der Martinsschule gepflanzten Linden, wo kleine Korrekturschnitte jetzt dringend nötig sind, um später Kosten einzusparen.

Ein großes Ärgernis ist der in den Grünflächen achtlos weggeworfene Müll. Beispielgebend hierfür ist an der Landesstraße die Abfahrt Ladenburg Ost, wo sich die Verkehrsinsel zur Müllhalde entwickelt hat. Und das an einer Stelle, die den ersten und letzten Eindruck der Stadt Ladenburg prägt! Hier muss das Pflegekonzept den Anforderungen angepasst werden.

Einige in der Vergangenheit gepflanzte Gehölze sind leider nicht standortgerecht, z.B. die Säulenbuchen vor der Kronenapotheke, die in den nächsten Jahren zu breit und zu groß werden oder die Linden vor der Dalberg-Grundschule, von denen eine schon abgeschnitten werden musste. Zur Verbesserung des Erscheinungsbildes schlagen wir einige ergänzende Neupflanzungen vor. So empfehlen wir am Altstadteingang, beim „Schneckenhäusel“, kleinkronige Bäume in die Kirschlorbeerquadrate zu pflanzen, wodurch die momentan sehr steril wirkende Optik wesentlich aufgewertet werden würde.

BürgerInnen übernehmen grüne Patenschaften

Es geht hier um die Wiederbelebung einer Aktion, die im Zuge des Grünprojekts Ladenburg 2005 initiiert wurde. BürgerInnen erklären sich bereit, eine bestimmte Fläche, ein bestimmtes Gefäß zu wässern und zu pflegen. Dafür gibt es bereits gute Beispiele von engagierten Personen, die sich seit vielen Jahren um ein Stück Grün in der Stadt kümmern. Wir

möchten uns dafür engagieren, dass die Zahl dieser Patenschaften wesentlich ausgeweitet wird.

Tausend Rosen für Ladenburg

Viele Gebäude können zur Straßenseite mit Kletterrosen bepflanzt werden. Eine Aktion „1000 Rosen für Ladenburg“ könnte, unter fachlicher Begleitung, die Attraktivität unserer Stadt wesentlich steigern. Eine fachliche Unterstützung dafür sichern Die Grünen in Ladenburg zu.

Entwicklung einer Baumschutzsatzung

Der Zweck einer Baumschutzsatzung ist die Bestandserhaltung der Bäume zur Sicherung eines ausgewogenen Naturhaushalts unter besonderer Berücksichtigung von stadtökologischen Belangen (Mikroklima), von Lebensstätten der Tier- und Pflanzenwelt und der Naherholung (siehe Baumschutzsatzung der Stadt Heidelberg). Sie dient auch der Belebung und Gliederung des Orts- und Landschaftsbildes. In der Vergangenheit ist es leider immer wieder vorgekommen, dass stadtbildprägende Bäume vorzeitig entfernt wurden (unter anderem auch, weil den Ursachen mangelnder Standsicherheit nicht früh genug begegnet worden war). Um ein rechtzeitiges städtisches Mitspracherecht zu erlangen, fordern wir deshalb – nach vielen Jahren grüner Gemeinderats-Mitwirkung – jetzt doch die Einführung einer Baumschutzsatzung.

Mehr Grün im Umland

Landwirtschaftliche Flächen erhalten

Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist wesentlicher Bestandteil unserer Lebensgrundlagen. Zu ihrer Sicherung setzen wir uns für die nachhaltige Landwirtschaft ein. Durch die ständige Verfügbarkeit vergessen Menschen allzu leicht die Herkunft unserer Nahrungsmittel. Dabei hat die regionale Erzeugung höchste Priorität. Ihre Grundlage ist meist der sehr hochwertige landwirtschaftlich nutzbare Boden, den es zu erhalten und zu pflegen gilt. Die Stadt kann und soll – nicht nur als Pachtgeberin – gezielt für nachhaltige Bewirtschaftung dieser Flächen werben, ggf. auch geeignete Anreize setzen.

Biotopvernetzung weiterentwickeln

Bestandteil der nachhaltigen Landwirtschaft ist der Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Hier spielt die Biotopvernetzung eine wesentliche Rolle. Besonders in unserer stark industriell genutzten Region sind miteinander durch Grünkorridore verbundene Biotopflächen für die Tierwelt von entscheidender Bedeutung. Dafür setzen wir uns ein.

HIER: MITGESTALTEN & MITENTSCHEIDEN

Ladenburgs BürgerInnen sollen über die Entscheidungen der Stadt rechtzeitig informiert und gegebenenfalls aktiv in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Baden-Württemberg ist das Land des bürgerschaftlichen Engagements. Wer aktiv mitarbeitet, hat viel Wissen und Erfahrung, was für die kommunalpolitischen Entwicklungen von großem Wert sein kann. Deshalb sind wir der Meinung, dass Engagement und politische Mitsprachemöglichkeiten eng zusammen gehören. Beteiligungsverfahren zu kommunalen Aufgaben sind z.B. Bürgerforen, Bürgerbefragungen, Bürgerversammlungen* – sie sollen die kontinuierlich arbeitenden Gremien ergänzen und über Bedürfnisse aus Sicht der Bevölkerung informieren. Zudem würden wir es begrüßen, wenn die Landesregierung die derzeit noch eher restriktiven Möglichkeiten zur direkten Demokratie vor Ort verbessern und wesentlich erweitern würde. Insbesondere müssen Bürgerentscheide* über strittige Bebauungspläne und Ähnliches ermöglicht werden.

Eine der Grundvoraussetzungen für aktive Beteiligung der Bevölkerung ist der schnelle und einfache Zugang zu Informationen, auch über das Internet. Zu dieser Transparenz gehört für uns auch, dass möglichst viele Beschlussvorlagen und Protokolle von öffentlichen Sitzungen auch für Dritte frei zugänglich sind. Die Stadtverwaltung soll sich auch um eine leicht verständliche Sprache bemühen. Um Migrantinnen und Migranten besser als bisher zu erreichen, können wichtige Texte in ihrer Muttersprache wichtig sein.

** Die Fachbegriffe für gesetzliche Beteiligungsverfahren im Bereich der Kommunalpolitik sind rechtlich nur in der „männlichen Form“ eingeführt, gelten aber selbstverständlich auch für Bürgerinnen.*

Weitere Informationen und ausführliche Vorstellung aller Kandidatinnen und Kandidaten finden Sie im Internet:

www.gruene-ladenburg.de